

Zur Vertiefung: Frieden schaffen ohne Waffen

Unter dem Eindruck zweier verheerender Weltkriege, die in vielen Teilen der Welt eine furchtbare Blutspur und eine Trümmerwüste hinterlassen hatten und an deren Ende mit dem Abwurf der amerikanischen Atombomben in Japan klar wurde, dass nun die Menschheit auch das technische Know-how hervorgebracht hat, sich selbst zu vernichten, gewann das Nachdenken um einen dauerhaften Frieden und wirkliche Aussöhnung zwischen den Völkern bei vielen Menschen einen neuen Stellenwert.

Gab die Gründung der UNO zunächst Anlass zu gedämpfter Hoffnung, so war 1947 klar, dass die politische Welt nicht Willens und in der Lage ist, Roosevelts One-World- Konzept umzusetzen. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges balancierte die Welt nicht selten am Abgrund eines neuen Krieges.

Grausame sogenannte Stellvertreterkriege zeigten, dass Krieg weiterhin als politisches Mittel benutzt wurde, um gnadenlos die Lagerinteressen der Supermächte durchzusetzen. Die unübersehbaren Kontinuitäten im politischen Denken drohten in dieser historischen Situation die Welt zu ruinieren.

Unter diesen Umständen kritisierten verantwortungsbewusste Bürger in vielen Ländern der Welt die Politik ihrer Regierungen. Mit zahlreichen Aktionen setzten sie sich in den 1950er-Jahren ein gegen Wiederbewaffnung und atomare Hochrüstung, später gegen den amerikanischen Vietnamkrieg und den sowjetischen Afghanistankrieg, in dem die Taliban als antisowjetische Kräfte von den USA maßgeblich unterstützt wurden. Sie forderten in der DDR unter der Losung "Schwerter zu Pflugscharen" echte Abrüstung, wollten soziale Friedensdienste statt Wehrdienst, kämpften gegen die Einführung des schulischen Wehrunterrichts. Eine Friedensbewegung von unten formierte sich. In der Bundesrepublik wurde von den Mitgliedern der Friedensbewegung in besonderem Maß die atomare Aufrüstung des sogenannten "Second cold war" kritisiert. Schriftsteller, Sänger, Maler nutzten ihre künstlerischen Möglichkeiten und ihre Popularität, um dem Ringen um den Frieden mediale Geltung zu verschaffen.

Die jeweilige Friedensbewegung in den 1980er-Jahren wurde im Osten und Westen unterschiedlich behandelt bzw. toleriert. So berichtete die DDR zum Beispiel ausführlich über Polizeieinsätze gegen westliche Friedensdemonstranten (Mutlangen), in der Bundesrepublik wurden staatliche Repressionen gegenüber Ost-Demonstranten hervorgehoben. Interessanterweise erfuhr die "Schwerter zu Pflugscharen"-Bewegung der DDR Hilfe aus dem Westen (Kirchen, Verbände, Parteien), aus der DDR kam hingegen finanzielle und logistische Unterstützung für die Anti-Pershing-Bewegung im Westen.

Neben diesen Gemeinsamkeiten gab es jedoch auch erhebliche, systembedingte Unterschiede, wie staatliche Institutionen mit den Friedenskämpfern umspringen konnten. So galten trotz aller Versuche, deren Grenzen weit nach außen zu schieben, für die Friedensbewegten der Bundesrepublik zu allen Zeiten rechtsstaatliche Grundsätze, die auf dem Grundgesetz fußten, auch dann, wenn diese erst massiv eingeklagt werden mussten. Demgegenüber interpretierte die Regierung der DDR ihre willkürlichen Maßnahmen als notwendigen revolutionären Terror der Diktatur des Proletariats gegen konterrevolutionäre Elemente. Opposition war im politischen System nicht vorgesehen und wurde entsprechend bekämpft. Dabei wurden einfachste Normen des Rechtsstaates und der Moral über Bord geworfen.

Allerdings wurden gerade solche Maßnahmen, mit denen sich der SED-Staat über internationale Verabredungen wie die Schlussakte von Helsinki hinwegsetzte, von den Bürgern der DDR äußerst sensibel registriert als Indikatoren für den wahren Charakter des politischen Systems des Landes. Dies hatte im Laufe der Zeit erhebliche Auswirkungen.

Seit der Hochrüstungsphase Anfang der 1980er-Jahre fanden sich in der DDR immer mehr Menschen aus verschiedenen sozialen Milieus zusammen, denen der Frieden zwischen den Menschen mehr bedeutete als die Abwesenheit von Krieg, für die der Friedensbegriff den inneren und äußeren Frieden zwischen den Menschen in den Ländern genauso wie das gedeihliche Zusammenleben mit der Natur einschloss. Mit dieser Maßgabe suchten Christen und Atheisten gemeinsam, rechtlich notdürftig geschützt unter dem Dach der Kirchen, nach Mitteln und Wegen, wie sie dringend notwendige Korrekturen und Reformen staatlichen politischen Handelns herbeiführen könnten. Große Hoffnungen, dies auch wirklich erreichen zu können, weckten die gesellschaftlichen Umformungsprozesse in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten. War der zarte Versuch der CSSR, 1968 einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu verwirklichen, am gewaltsamen Eingreifen der Sowjetunion gescheitert, und waren auch die polnischen Aufstände 1980/81 brutal unterdrückt worden, so nützten die Reformen und internationalen Abrüstungsbemühungen Gorbatschows Mitte der 1980er-Jahre den Friedensbewegten, um ihre Aktionen an diese Friedenpolitik anzubinden.

Angesichts der internationalen Veränderungen offenbarte die Regierung immer mehr ihre Reformunwilligkeit und Reformunfähigkeit. In diesem Zusammenhang wurde die Friedensbewegung Bestandteil einer immer komplexer werdenden Opposition, die sich 1989 in der Friedlichen Revolution schließlich durchsetzte. Dass diese Revolution auf Seiten der Revolutionäre friedlich blieb, ist sicherlich auch der Tatsache geschuldet, dass sich ein Großteil ihrer Protagonisten jahrelang in der Friedensbewegung betätigt hatte und mit friedlichen Mitteln zur Lösung von Konflikten vertraut war. So hat die Friedensbewegung der DDR über deren Bestand hinaus auch weitere Wirkung nachgewiesen als Vorschule der Demokratie.